

Gerhard Stoltenberg zum Haushalt '88:

## Ausgabendisziplin für Stabilität, Wachstum und Beschäftigung

Der Entwurf des Bundeshaushaltes 1988, der vom Bundeskabinett am 1. Juli 1987 beschlossen wurde, setzt die von der Bundesregierung 1982 begonnene Politik der Ausgabendisziplin fort, um die Steuerreform für mehr Wachstum und Beschäftigung verwirklichen und die Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme gewährleisten zu können. Der Haushalt wächst gegenüber dem Bundeshaushalt 1987 um 2,4 %.

Damit bleibt der Zuwachs der öffentlichen Ausgaben auch im sechsten Jahr der CDU-geführten Bundesregierung im Rahmen der 3%-Linie, die sich die Bundesregierung als Obergrenze gesetzt hat. Verglichen mit den hohen Steigerungsraten während der Regierungszeit der SPD (in den letzten zehn Jahren der SPD-Regierung betrug das jährliche Wachstum der Bundesausgaben im Schnitt 9 %) sind die verhaltenen Ausgabenzuwächse im Ergebnis dennoch mehr, da ihnen keine hohen Inflationsraten gegenüberstehen (1981: +6,3 %, 1982: + 5,3 %), sondern Preisstabilität.

Vor der Bundespressekonferenz erklärte Bundesfinanzminister **Gerhard Stoltenberg**: „Mit den Beschlüssen des Bundeskabinetts zum Entwurf des Bundeshaushalts 1988 und zur mittelfristigen Finanzplanung wird der Kurs einer sparsamen und zurückhaltenden Ausgabenpolitik eindrucksvoll bestätigt.“

### HEUTE AKTUELL

- **KONJUNKTUR**  
Die Auftriebskräfte haben wieder die Oberhand gewonnen.  
Seite 6
- **WAS IST MITTE?**  
Ein Interview mit Generalsekretär Heiner Geißler. Seite 8
- **ÖFFENTLICHKEITS-ARBEIT**  
Nur 10 Pfennig kostet die neue, aktuelle Zeitung „CDU extra“. Seite 23
- **DOKUMENTATION**  
Wortlaut der Rede von Helmut Kohl über zentrale Fragen der deutschen Sicherheitspolitik vor der Fraktion der CDU/CSU. Grüner Teil
- **UID EXTRA**  
Wortlaut der nicht gehaltenen Rede von Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle anlässlich des Deutschen Bauertages in Aachen. Gelber Teil

# Gesamtübersicht

## Haushaltswurf 1988 / Finanzplan 1987 bis 1991 (in Mrd. DM)

	Soll	Entwurf	Finanzplan		
	1987	1988	1989	1990	1991
<b>Ausgaben</b>	268,55	275,04	281,8	288,8	296,0
Steigerung gegenüber Vorjahr (v. H.)	(+ 2,7)	(+ 2,4)	(+ 2,5)	(+ 2,5)	(+ 2,5)
<b>Einnahmen</b>					
Steuereinnahmen	216,50*)	222,45	232,5	236,4	248,0
Sonstige Einnahmen	25,77	23,27	22,1	21,5	21,9
davon					
— Bundesbank	7,00	6,00	5,5	5,0	5,0
— Privatisierungserlöse	3,30	1,80	0,5		
— Münzeinnahmen	0,39	0,45	0,6	0,6	0,6
Nettokreditaufnahme	26,28	29,32	27,2	30,9	26,1

\*) Mindereinnahmen in Höhe von 4 Mrd. DM gem. Steuerschätzung vom Mai 1987 berücksichtigt.

Quelle: Bundesministerium für Finanzen

Der vorgesehene Zuwachs der Ausgaben um 2,4% für das nächste Jahr unterstreicht die Entschlossenheit des Kabinetts, die finanzwirtschaftlichen Voraussetzungen für eine weitere wesentliche Steuerentlastung der arbeitenden Menschen und der Betriebe zu sichern und damit eine wachstums- und beschäftigungsfördernde Politik zu verwirklichen.“

### Haushaltsdisziplin zur Verwirklichung der Steuerreform

Für die dringenden Aufgaben der Gegenwart und für die Verbesserung der Zukunftsperspektiven unseres Landes mußte zunächst finanzpolitischer Spielraum geschaffen werden. Dabei hat die deutliche Rückführung der Neuverschuldung von 1982 bis 1986 entscheidend zum wirtschaftlichen Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland beigetragen. Stabiler Geldwert, niedrige Zinsen, zunehmende Beschäftigung und deutlich steigende Realeinkommen konnten nur

auf der Basis geordneter Staatsfinanzen wieder erreicht werden: Die Ausgaben des Bundes wuchsen von 1983 bis 1986 im Durchschnitt jährlich um 1,7%. 1987 ist eine Zunahme von 2,7% vorgesehen. Im Finanzplan für die darauffolgenden Jahre bis 1991 wird der Anstieg des Ausgabenvolumens auf 2,5% jährlich begrenzt.

Allein diese Politik hat eine solide Grundlage für eine zukunftsorientierte Umgestaltung des Steuersystems geschaffen. Die Bundesregierung erwartet deshalb auch von den Bundesländern und den Kommunen eine deutliche Ausgabenbegrenzung, damit die steuerlichen Entlastungsmaßnahmen im vollen Umfang durchgeführt werden können.

Das Steuerreformkonzept der Bundesregierung führt in drei Stufen — 1986, 1988 und 1990 — zu einer Nettoentlastung von fast 50 Mrd. DM. Deshalb ist ein vorübergehender Anstieg der Neuverschuldung unvermeidbar. Sie soll jedoch bereits 1991 wieder deutlich zurückgehen.

# Entwurf Bundeshaushalt 1988

## – Einzelplanübersicht – Ausgaben

Einzelplan	Verfügb.	Entwurf	Veränderung
	Soll 1987	1988	gegen Vorjahr
	– in Mio. DM –		– in v. H. –
01 Bundespräsidialamt	20,3	22,6	+ 11,3
02 Bundestag	532,2	552,8	+ 3,9
03 Bundesrat	12,4	14,2	+ 14,5
04 Bundeskanzleramt	515,9	539,0	+ 4,5
05 Auswärtiges Amt	2 502,3	2 653,5	+ 6,0
06 Inneres	3 764,1	3 824,5	+ 1,6
07 Justiz	420,1	451,7	+ 7,5
08 Finanzen	3 505,5	3 732,3	+ 6,5
09 Wirtschaft	5 593,6	6 436,8	+ 15,1
10 Ernährung, Landwirtschaft	7 866,9	8 447,7	+ 7,4
11 Arbeit und Soziales	58 962,3	60 237,4	+ 2,2
12 Verkehr	25 575,6	25 715,7	+ 0,6
13 Post- und Fernmeldewesen	41,3	22,1	– 46,5
14 Verteidigung	50 639,9	51 600,0	+ 2,1
15 Jugend, Familie, Frauen, G.	18 953,7	19 131,3	+ 0,9
16 Umwelt, Naturschutz, Reakt.	455,0	482,6	+ 6,1
19 Bundesverfassungsgericht	14,4	14,8	+ 2,8
20 Bundesrechnungshof	44,6	47,9	+ 7,4
23 Wirtschaftl. Zusammenarbeit	6 883,4	6 854,6	– 0,4
25 Raumordnung, Bauwesen	6 136,4	6 040,0	– 1,6
27 Innerdeutsche Beziehungen	778,6	875,6	+ 12,5
30 Forschung und Technologie	7 346,8	7 631,8	+ 3,9
31 Bildung und Wissenschaft	3 884,4	3 458,2	– 11,0
32 Bundesschuld	34 160,6	35 999,6	+ 5,4
33 Versorgung	9 472,5	10 179,5	+ 5,7
35 Verteidigungslasten	1 777,5	1 810,9	+ 1,9
36 Zivile Verteidigung	869,7	888,1	+ 2,1
60 Allgemeine Finanzverwaltung	17 815,0	17 374,8	– 2,5
<b>Gesamtsumme</b>	<b>268 545,0</b>	<b>275 040,0</b>	<b>+ 2,4</b>

Durch interne Verschiebungen zwischen dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Bundesministerium für Forschung und Technologie ergibt sich für das erste ein Plus von 13,6%, für das Forschungsministerium von 5%.

Quelle: Bundesministerium für Finanzen

## Ausgaben orientieren sich an der Einnahmenentwicklung

Der finanzielle Rahmen für den Bundeshaushalt 1988 und die mittelfristige Finanzplanung des Bundes bis 1991 wird durch die verhaltene Entwicklung der Einnahmen bestimmt. Die anhaltend hohe Preisstabilität und das moderate Wirtschaftswachstum werden dazu führen, daß die Steuereinnahmen geringer ausfallen als erwartet. Hinzu kommt, daß der Bundesbankgewinn 1988 mit voraussichtlich rund 6 Mrd. DM nur noch die Hälfte des Betrages von 1986 ausmachen wird. Für die darauffolgenden Jahre rechnet die Bundesregierung sogar mit einem Rückgang auf jährlich 5 Mrd. DM.

Aufgrund der geschätzten Einnahmenentwicklung muß der Zuwachs der Gesamtausgaben auch in den kommenden Jahren deutlich begrenzt werden. Nur so kann die Neuverschuldung in einem vertretbaren Rahmen gehalten werden. Das unterstreicht der jetzt vorgelegte Finanzplan für 1988 bis 1991. Gegenüber dem Finanzplan des Vorjahres wurden die Ausgaben für 1988 um insgesamt 3,7 Mrd. DM gesenkt. Dieses Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als im Regierungsentwurf 1988 keine gesetzliche Haushaltssperre vorgesehen ist.

## Einzelhaushalte: Ein Drittel der Gesamtausgaben für Soziales

Ein Drittel aller Ausgaben des Bundes, also rund 90 Mrd. DM, entfallen auf soziale Leistungen. Mit über 60 Mrd. DM und einem Anteil von 22% bleibt der Haushalt des **Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung** der größte Einzelplan. Hervorzuheben ist, daß im Haushalt des **Ministeriums für Jugend, Frauen, Familie und Gesundheit**, der 19,1 Mrd. DM beträgt, der Titel „Erziehungsgeld“ um

470 Mio. DM auf fast 3 Mrd. DM angehoben wird. Dies geschieht deshalb, weil das Erziehungsgeld von 1988 an um 2 Monate auf 12 Monate insgesamt verlängert wird. Für das Sofortprogramm zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit Aids sind 132 Mio. DM vorgesehen.

Die Aufwendungen für das **Verteidigungsministerium** will die Bundesregierung im Herbst dieses Jahres entsprechend dem Stand der internationalen Entwicklung überprüfen. Dabei wird der Fortschritt der Rüstungskontrollverhandlungen und die Bündnisstrategie für den Entwurf des nächsten Finanzplanes eine wichtige Rolle spielen. Wichtig ist, daß durch den Haushalt 1988 und die Finanzplanung bis 1991 die bisherigen Prioritäten der Bundeswehrplanung aufrechterhalten bleiben. Im Vordergrund stehen die Sicherung des personellen Bestandes der Streitkräfte, der Abbau der erkannten Schwächen des Verteidigungssystems sowie die Verbesserung der konventionellen Abwehrfähigkeiten mit Hilfe moderner Technologie. Im übrigen soll bereits im kommenden Jahr die Zahl der längerdienenden Soldaten um 1 000 auf 266 000 aufgestockt werden.

Der Haushalt des **Bundesverkehrsministers** wächst 1988 um 0,6% auf 25,72 Mrd. DM. Der größte Posten im Verkehrshaushalt ist nach wie vor die Bundesbahn, die mit 13,25 Mrd. DM knapp 50 Mio. DM mehr erhalten wird als 1987. Für den Straßenbau bleiben die Ausgaben mit 6,25 Mrd. DM konstant. Der Haushalt für die Binnenschifffahrt wird dagegen um 80 Mio. DM auf 1,8 Mrd. DM angehoben.

Beim Entwurf des Haushalts für **Raumordnung und Bauwesen** hat die Bundesregierung der Förderung des Städtebaus und damit der Verstetigung der Baunachfrage eindeutig Priorität eingeräumt.

Sofern die Ministerpräsidenten der Bundesländer weiterhin eine Mitfinanzierung der Städtebauförderung durch den Bund wünschen, werden ihnen von der Bundesregierung für die Jahre 1988 bis 1990 jährlich 660 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Das ist doppelt so viel als zunächst geplant. Vorausgesetzt, daß die Länder und Gemeinden die Stadt- und Dorfsanierung im gleichen Umfang fördern, dürfte in den nächsten drei Jahren ein Nachfragevolumen in der Bauwirtschaft von schätzungsweise 6 Mrd. DM entstehen.

Die hohe Priorität, die die Bundesregierung dem **Umweltschutz** beimißt, findet ebenfalls im Haushaltsentwurf 1988 ihren Niederschlag. Die Ausgaben für das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit steigen gegenüber 1987 überdurchschnittlich um 6,1 %.

### **Impulse für Binnen- und Weltwirtschaft**

Mit den Beschlüssen zum Entwurf des Bundeshaushalts 1988 und der Finanzplanung 1987 bis 1991 entspricht die Bundesregierung auch internationalen Erwartungen und Verpflichtungen. Vor allem mit der stufenweisen Steuerentlastung wird die Binnennachfrage gekräftigt und ein bedeutsamer Beitrag auch für eine gleichgewichtige Entwicklung der Weltwirtschaft geleistet.

Die ungewöhnlich starke Höherbewertung der DM auf den internationalen Märkten hat unsere Exporte spürbar beeinflußt. In diesem Zusammenhang kommt dem Steuerpaket der Bundesregierung besondere Bedeutung zu. Die steuerliche Entlastung von Arbeitnehmern und Unternehmen um rund 14 Mrd. DM trägt 1987 zum Anstieg der Binnennachfrage um beachtliche 3,7% bei. Für 1988 ergeben sich weitere Entlastungen in Höhe von fast 14 Mrd. DM oder 0,7% des Bruttosozialprodukts.

### **SPD-Kritik irreführend**

Auch nach der jüngsten Tagung des Europäischen Rates ist offen, in welchem Umfang der Bund ab 1988 Einnahmen an die Europäische Gemeinschaft übertragen muß. Ein konkreter Betrag kann deshalb auf der Einnahmeseite im Bundeshaushaltsentwurf nicht aufgenommen werden. Der Vorwurf der SPD, die Bundesregierung manipulierte damit den Bundeshaushalt, ist deshalb irreführend. Im Gegensatz zu den Behauptungen des SPD-Finanzexperten Apel, kann nach Auffassung der Bundesregierung auch die Bundesanstalt für Arbeit ihre Verpflichtungen in den nächsten Jahren erfüllen, sofern die Grundsätze sorgfältiger Haushaltsführung beachtet werden. Besonders unglaubwürdig wirkt die Kritik der sozialdemokratischen Länder Hamburg und Saarland an der geplanten Steuerreform. Aufgrund ihrer verantwortungslosen Haushaltspolitik, wie sie durch die unangemessene Subventionierung der Neuen Heimat und den Arbed-Saarstahl-Konzern zum Ausdruck kommt, haben diese Länder jegliche Legitimation für eine Kritik an der Finanzpolitik der Bundesregierung verloren.

### **Geordnete Finanzen**

Mit den Eckdaten des Haushaltsentwurfes 1988 wird unsere Finanzpolitik kalkulierbar, verlässlich und zugleich handlungsfähig bleiben, um neuen Herausforderungen zu begegnen. Die solide Finanzpolitik Gerhard Stoltenbergs steht für wirtschaftliche Dynamik, Innovation, hohe Investitionen und mehr Arbeitsplätze. Damit gewinnen wir zugleich die Voraussetzung für eine dauerhafte Stärkung unserer sozialen Sicherungssysteme, eine aktivere Umweltschutzpolitik und einen wirksamen deutschen Beitrag zur Bewältigung der Wirtschafts- und Währungsprobleme auf internationalem Feld.

# Die Auftriebskräfte haben wieder die Oberhand gewonnen

**„Die jüngsten Informationen über Nachfrage und Produktion erlauben die Annahme, daß das Winterloch überwunden ist und sich die Wirtschaft wieder in einer Aufwärtsentwicklung befindet.“ Dies ist der Tenor des neuesten Monatsberichts der Deutschen Bundesbank.**

Die konjunkturelle Verschnaufpause im ersten Quartal dieses Jahres, die vor allem durch den außergewöhnlich harten und langandauernden Winter verursacht worden war, ist jetzt überwunden. Dies trifft insbesondere für den Bausektor zu: Nach dem Ende der langen Frostperiode sind die Bauleistungen sprunghaft gestiegen.

## 1. Wachsende Investitionstätigkeit

Ein wichtiges Indiz dafür, daß die wirtschaftliche Grundtendenz nach oben gerichtet ist, sind — so die Bundesbank — die steigenden Investitionen der Unternehmen im ersten Quartal 1987: „So stiegen die Ausrüstungsinvestitionen in dieser Periode saisonbedingt nominal um 2½ % und real um knapp 3 % gegenüber dem vierten Quartal 1986; im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Zunahme um 7 % bzw. 6 %.“

Die gestärkte Investitionsbereitschaft ist auch darauf zurückzuführen, daß die Wechselkursentwicklung des US-Dollars nach einer Phase dramatischer Wechselkursveränderungen stabilisiert werden konnte. In seiner positiven Beurteilung des Investitionsverhaltens der Wirtschaft sieht sich die Bundesbank durch das IFO-Institut bestätigt: „Auch die jüngsten Befragungen des IFO-Instituts deu-

ten darauf hin, daß zumindest die Unternehmen des produzierenden Gewerbes ihren Investitionsaufwand im laufenden Jahr kräftig aufstocken werden.“

## 2. Zunehmende Beschäftigung

Zur aktuellen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt stellt die Bundesbank fest:

„Bemerkenswerterweise ist die Gesamtzahl der Erwerbstätigen während der gesamten Periode und trotz des Personalabbaus in der Bauwirtschaft saisonbereinigt gestiegen — von Dezember 1986 bis April 1987 um 30 000...“

Im April 1987 übertraf die Zahl der Erwerbstätigen das Vorjahresergebnis sogar um 200 000. Diese beachtliche Zunahme der Beschäftigung trotz moderater Konjunktorentwicklung ist vor allem auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor zurückzuführen.

## 3. Steigende Verbrauchsnachfrage

Nachdem durch eine Reihe von Sonderfaktoren die Verbrauchskonjunktur im ersten Quartal vergleichsweise schleppend verlaufen ist, steigen die Konsumausgaben inzwischen wieder deutlich an. Dazu stellt die Bundesbank fest:

„Sie (die Sonderfaktoren) sind inzwischen — wie die ersten Ergebnisse für April und Teilangaben für Mai zeigen — entfallen, so daß nun die Grundtendenz einer steigenden Verbrauchsnachfrage wieder deutlicher hervortritt.“

Anfang des Jahres schlug vor allem die Zurückhaltung der Verbraucher beim Kauf von Personenkraftwagen negativ zu Buche. Vielfach war nämlich die Anschaffung eines Neuwagens aus steuerlichen Gründen in die letzten

Monate von 1986 vorgezogen worden. Diese Nachfrageschwäche in der Automobilbranche ist allerdings jetzt überwunden: Für den Monat Mai meldete das Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg über 316 000 Neuzulassungen und damit einen neuen „Mai-Rekord“. 13 % mehr Autos als im gleichen Vorjahresmonat rollten auf die Straße.

Die verhaltene Verbrauchernachfrage im ersten Quartal 1987 war allerdings auch darauf zurückzuführen, daß das Ostergeschäft in diesem Jahr in den April fiel. Der Kauf von Textilien, Bekleidung, Schuhen, aber auch von Einrichtungsgegenständen wurde deshalb offenbar verschoben. Im April setzte dann der Einzelhandel rund 10 % mehr um als im Durchschnitt des ersten Quartals. Die Bundesbank kommt daher zu dem Ergebnis:

„Setzen sich diese jüngsten Tendenzen annähernd fort, wird der private Verbrauch wieder die Rolle einer wichtigen Stütze der Binnennachfrage spielen.“

#### 4. Stärkere Auslandsnachfrage

Die rückläufige Entwicklung der Auslandsaufträge zu Beginn des Jahres ist inzwischen gestoppt. Offenbar haben die deutschen Exportunternehmen die Anpassungsschwierigkeiten im Gefolge der anhaltenden Dollarschwäche größtenteils überwunden. Die Bundesbank stellt fest:

„Im April dieses Jahres haben die Auslandsorders insgesamt deutlich angezogen; saisonbedingt betrachtet, übertrafen sie den sehr niedrigen durchschnittlichen Stand des ersten Quartals um 6½ %. Vor allem im Investitionsgütergewerbe, insbesondere im Maschinenbau, stiegen die Auslandsorders. Auch deutsche Autos waren nach dem Ende des ersten Quartals wieder mehr als zuvor gefragt.“ Im Bereich des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes sieht sich jetzt vor

allem die chemische Industrie wieder einem etwas lebhafteren Interesse ausländischer Kunden gegenüber.

#### 5. Günstige Prognosen

Die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung und die Prognosen namhafter Wirtschaftsforschungsinstitute straft professionelle Konjunkturpessimisten Lügen:

■ Das Baseler Prognos-Institut sieht günstige Bedingungen für eine anhaltende Ausweitung der Binnennachfrage und rechnet für das laufende Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von 2 %. 1988 soll die Wachstumsrate sogar wieder 2,5 % betragen.

■ Der Deutsche Industrie- und Handelstag geht davon aus, daß auch 1987 die Exporte wieder steigen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sei auch in diesem Jahr bemerkenswert gut. Für die deutschen Exportunternehmen sprechen vor allem die Qualität ihrer Produkte und deren technischer Standard. Beide Faktoren helfen, im Ausland aufgebaute Marktpositionen trotz Dollar-Schwäche zu sichern.

■ In seiner jüngsten Konjunkturprognose schätzt das Institut der deutschen Wirtschaft, daß das reale Sozialprodukt im zweiten Quartal um knapp 1,5 % höher liegen wird als im ersten: „... das entspricht einem Jahrestempo des Wirtschaftswachstums von rund 5,5 %. Diese hohe Rate wird allerdings im weiteren Jahresverlauf nicht mehr zu halten sein. Denn sie ist durch die witterungsbedingten Nachholeffekte überzeichnet: Sind diese Anpassungen bewältigt, wird sich das Wachstumstempo in der zweiten Hälfte des Jahres zunächst bei 2,5 %, gegen Jahresende bei rund 3 % einpendeln.“

■ Eine im Juni 1987 durchgeführte Umfrage des Wirtschaftsmagazins „impulse“ ergab, daß die meisten Unter-

# Was ist Mitte?

## Ein Interview mit Generalsekretär Heiner Geißler

*Wie definieren Sie politische Mitte?*

**Dr. Geißler:** Politische Mitte heißt, daß man nicht nur Markt und Wettbewerb sagt, sondern gleichzeitig Solidarität und soziale Gerechtigkeit. Wir Christlichen Demokraten haben diese Prinzipien im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft vereinigt. Die Sozialdemokraten halten von Wettbewerb wenig und von staatlicher Steuerung viel, und sie verwechseln Gleichmacherei mit Gerechtigkeit.

Sicherheit ist wichtig für uns, verlangt aber auch Abrüstung. Verteidigungsbereitschaft, Verteidigungsfähigkeit, das Ja zur NATO, dafür stehen wir, wir wollen aber auch den Abbau von Spannungen.

Menschenrechte müssen geschützt werden, aber nicht nur in der Sowjetunion, sondern wir setzen uns genauso für die Menschenrechte in Südafrika ein wie in Chile.

Das sind Beispiele für eine Position der Mitte; sie wird von den Linksradi kalen in der Bundesrepublik Deutschland und auch von der Mehrheit der Sozialdemokraten nicht eingenommen, von den Grünen ganz zu schweigen.

*Von der Mehrheit der Sozialdemokraten?*

**Dr. Geißler:** Ja, von der Mehrheit, ganz richtig. Es gibt noch eine kleine Gruppe in der SPD, die ihre Politik auf dem Godesberger Grundsatzprogramm aufbaut, aber das sind schon fast nur noch Spurenelemente, die man kaum mehr erkennen kann. Viele SPD-Wähler sind dadurch politisch heimatlos geworden.

*Sehen Sie also eine Chance für die CDU, der SPD Stimmen abzunehmen?*

**Dr. Geißler:** Ich sehe die Möglichkeit, zusätzliche Wählerinnen und Wähler für die CDU zu gewinnen, bei Arbeitnehmern zum Beispiel, die von den Sozialdemokraten politisch enttäuscht sind. Und wir haben auch, das ist ein wichtiges Ergebnis der Wahlanalyse, erkannt, daß Arbeitnehmer, die mit modernen Technologien arbeiten, eine Präferenz für die Christlich-Demokratische Union besitzen, z. B. Angestellte des „neuen Mittelstandes“. Die hessische Landtagswahl ist das Paradebeispiel dafür, daß die CDU in den Dienstleistungszentren um Frankfurt herum, in Südhessen, auf Kosten der SPD Stimmen gewinnen kann. Die CDU ist eben keine Aussteigerpartei, keine technologiefindliche Partei, wie die Grünen und die SPD.

Die CDU ist eine zukunftsorientierte Partei, die die Nutzung moderner Technologien und die Flexibilisierung des Arbeitslebens befürwortet und dabei gleichzeitig ihre soziale Verantwort-



tung wahrnimmt. Die Menschen wollen nicht nur technischen Fortschritt, sondern gleichzeitig auch soziale Gerechtigkeit. Und das ist genau das Konzept der CDU.

*Stimmt der Vorwurf, die CDU drifte nach links?*

**Dr. Geißler:** Das ist Unsinn, da soll eine künstliche Diskussion über den Kurs der CDU erzeugt werden. Ich habe ohnehin Zweifel, ob die Begriffe „links und rechts“ heute noch etwas taugen. Wenn jemand sein Vaterland liebt, dann ist er noch lange nicht rechtsradikal, wie uns das manche Sozialdemokraten einreden wollen. In der Christlich-Demokratischen Union gibt es weder einen Linksruck noch einen Rechtsruck. Aber die Sozialdemokraten sind so weit nach links gerückt: für sie ist schon jemand rechtsradikal, wenn er morgens pünktlich zur Arbeit kommt. Und auf der anderen Seite gibt es Leute, die rechts stehen: für die ist dann jemand schon linksradikal, wenn er von Sozialer Marktwirtschaft spricht oder wenn er eine berufstätige Frau hat. Die CDU ist keine Minderheitenpartei, sondern die einzige große Volkspartei in der Bundesrepublik Deutschland, und die Mehrheit ihrer Wähler sind Arbeitnehmer. Wir machen eine Politik, die wirtschaftliche Leistung und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet. Die CDU sorgt dafür, daß es gerecht zugeht in unserem Land. Wer das als links bezeichnet, hat die falsche politische Brille auf.

Fortsetzung von Seite 7

nehmensbranchen die Konjunktur optimistischer beurteilen als die Wirtschaftsforschungsinstitute: 12 von 15 Verbandspräsidenten äußerten sich zuversichtlich über die Aussichten ihres Wirtschaftszweigs in diesem Jahr. Positive Erwartungen hegen vor allem die konsumnahen Branchen. Die Vertreter der exportorientierten Industriezweige Chemie, Elektro, Maschinenbau, Stahl und Metall sprachen zum Großteil von Fortschritten bei der Anpassung an die veränderten Wechselkurse.

■ Selbst die Bank für Gemeinwirtschaft ist davon überzeugt, daß die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik weiterhin aufwärts gerichtet bleibt und die Rahmenbedingungen für eine lebhaftere Verbrauchs- und Investitionsgüternachfrage günstig zu beurteilen sind.

Die Wirtschaft faßt wieder Tritt, die Entwicklung ist weiter aufwärts gerichtet. Die Gründe: Geld-, Finanz- und Lohnpolitik greifen gegenwärtig besser ineinander als in den siebziger Jahren. Die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen zahlt sich jetzt aus, d. h. der Kurs der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der Bundesregierung stimmt.

### **Chirac: Die Mauer ist abscheulich – weg damit!**

*Frankreichs Ministerpräsident Jacques Chirac (54) verurteilte während seiner zweitägigen Berlin-Visite zur Eröffnung der „Tour de France“ die Berliner Mauer als „absurd“ und „abscheulich“. Chirac: „Entspannung kann man durch den Abriß der Berliner Mauer eher erreichen als durch den Abbau von Mittelstreckenraketen in Ost und West.“*

(„Bild“ vom 3. Juli 1987)

# Helmut Kohl: Wir sind die Erben von Adenauer und de Gaulle

Anläßlich des 25. Jahrestages der feierlichen deutsch-französischen Aussöhnung trafen sich Bundeskanzler Kohl und Premierminister Chirac zu einer Gedenkmesse in Reims. Hierzu schreibt die Presse vom 6. Juli 1987:

„Kohl und Chirac feiern Versöhnung.“  
(Stuttgarter Zeitung)

„Die Freundschaft ist zum Alltag geworden.“  
(Rheinische Post)

„Das Werk von Adenauer und de Gaulle wird fortgesetzt.“  
(Die Welt)

„Für die Vereinigung Europas bleibt die Partnerschaft zwischen Deutschen und Franzosen unerläßliche Voraussetzung — und eine Sache des Herzens dazu.“  
(Westdeutsche Allgemeine Zeitung)

„Der Zauber des Augenblicks von 1962 konnte nicht beschworen werden. Bedauerlich? Ganz gewiß nicht. Die Normalität dieses Vorgangs ist sogleich Beweis dafür, wie sehr Franzosen und Deutsche sich daran gewöhnt haben, Freunde zu sein.“  
(Hamburger Abendblatt)

„Chirac und Kohl sehen die Bedeutung der Stunde. Solche Zeichen sind notwendig; in der Praxis aber gehen Frankreich und die Bundesrepublik bereits einen Schritt weiter: Heute beginnt das erste deutsch-französische Militärseminar an der ‚Ecole Militaire‘ in Paris.“  
(Die Welt)

„Die Aussöhnung zwischen Frankreich und der Bundesrepublik fand vor 25 Jahren statt. Das war der Anfang einer Ära des Friedens. Das machte Geschichte. Und heute? Heute ist das europäischer Alltag. Der deutsche Bundeskanzler war gestern hier zu Hause. Chirac sagte es ihm.“  
(Le Quotidien, Paris)

„Diese 25 Jahre und vor allem die letzten Tage haben gezeigt, daß die Übereinstim-

mung zwischen Paris und Bonn die Vorbedingung für die Existenz der europäischen Gemeinschaft, für ihre Lebendigkeit, für ihren Fortschritt und für ihre Ausstrahlung ist. Man hat gesehen, daß dieser von beiden Seiten vorgezeichnete Weg derart selbstverständlich und unbestritten ist, daß keine politische Veränderung in einem der beiden Länder ihn in Frage stellen könnte.“  
(La Haute-Marne Liberee, Chaumont)

## JU verabschiedet agrarpolitisches Programm

Der Deutschlandrat der Jungen Union hat jetzt ein neues agrarpolitisches Programm verabschiedet. Der Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands, **Christoph Böhr**, wies darauf hin, daß mit diesem Programm insbesondere die Sorgen und Nöte junger Bauern aufgegriffen würden.

Im einzelnen spricht sich die Junge Union Deutschlands dafür aus, zur Entlastung der Agrarmärkte pflanzliche Produkte als neue Rohstoffe für den chemisch-technischen Bereich zu produzieren. Die Junge Union plädiert für eine Rückführung intensiver Bewirtschaftung zugunsten der Schaffung von Ausgleichsflächen, extensiver Bewirtschaftung und der Umwandlung landwirtschaftlicher Nutzfläche.

Böhr wies besonders darauf hin, daß eine Neuorientierung der Agrarpolitik unter Beachtung vielseitiger ökologischer Erfordernisse den Landwirten auch zusätzliche Einkommen erschließen müsse. Die landeskulturellen und -pflegerischen Leistungen der Bauern dürften nicht länger zum „Nulltarif“ erwartet werden.

# Einigung in Brüssel ist ein Erfolg des Kanzlers

Am Vorabend des Inkrafttretens der Einheitlichen Europäischen Akte hat der Europäische Rat am 29./30. Juni 1987 in Brüssel die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft zur Lösung ihrer aktuellen und mittelfristigen Probleme unter Beweis gestellt. Der Europäische Rat hat sowohl die notwendigen Leitlinien zum Abschluß der Agrarpreisverhandlungen 1987 durch den Agrarrat verabschiedet als auch die Weichen zur Lösung der mittelfristigen Probleme gestellt.

Dieser Erfolg ist in erster Linie dem von der Bundesregierung eingebrachten, vorwärtsweisenden Gesamtkonzept sowie der intensiven deutsch-französischen Abstimmung sowohl im Vorfeld als auch während des Europäischen Rates zu verdanken.

Gemeinsam mit unseren französischen Freunden haben wir in Brüssel **eine konkrete Orientierung** für die Kernfragen der aktuellen Agrarprobleme erarbeitet und diese im Europäischen Rat durchgesetzt. Nur so war es möglich, die Interessen unserer Landwirtschaft zu wahren und den bisherigen Konflikt mit Frankreich über den Währungsausgleich beizulegen.

Auf dieser Grundlage konnte der Agrarrat am 1. Juli die **Agrarpreisrunde 1987** zu einem für uns letztlich akzeptablen Abschluß bringen. Hätten wir das nicht erreicht, dann hätte die EG-Kommission ab 1. Juli 1987 mit einem Notregime arbeiten können, das eine große Belastung für die deutsche Landwirtschaft dargestellt hätte. Der gemeinsame deutsch-französische Ansatz beinhaltet insbesondere:

- entscheidende Abstriche von den Preissenkungsvorschlägen der EG-Kommission bei Getreide und Raps
- keine Senkung der deutschen Agrarpreise in diesem Jahr infolge des Abbaus unserer bestehenden positiven Währungsausgleichsbeträge, auch dies entgegen der ursprünglichen Vorschläge der EG-Kommission
- politische Absicherung der Fortführung des deutschen Einkommensausgleichs von 5 % im bisherigen Umfang über den 31. Dezember 1988 hinaus.

Ein künftiges Währungsausgleichssystem, das bei Währungsanpassungen ein Höchstmaß an Preissicherung für unsere Landwirtschaft enthält:

- begrenzt notwendig werdende Preissenkungen können national kompensiert werden;
- Restabbau der entstehenden Währungsausgleichsbeträge erfolgt ohne Preissenkung in nationaler Währung (Aufrechterhaltung des Gentlemen's Agreement von 1979)

Demgegenüber hatte die EG-Kommission und die Mehrheit der Mitgliedsstaaten sich für ein System ausgesprochen, daß bei Währungsanpassungen mit DM-Aufwertung die deutsche Landwirtschaft automatisch benachteiligt hätte. **Daß dies vermieden wurde, war ein ganz entscheidender Erfolg der Verhandlungsführung des Bundeskanzlers.**

Der Europäische Rat hat zugleich auf Grundlage unseres Konzepts den **umfassenden Rahmen gesetzt, um an die Lösung der mittelfristigen Fragen heranzugehen:**

■ Neugestaltung des Finanzierungssystems, das sich stärker an der Wirtschaftskraft der einzelnen Mitgliedsstaaten orientiert und zu einer gerechteren Lastenverteilung führt.

■ zügige Fortsetzung der Arbeiten, um den Binnenmarkt bis 1992 zu vollenden. Der Binnenmarkt wird einen einheitlichen Wirtschaftsraum für 320 Mio. Menschen schaffen und damit der deutschen Exportwirtschaft zusätzlichen Auftrieb geben.

■ Zugleich Abbau des Wohlstandsgefälles in der Gemeinschaft durch eine substantielle Erhöhung des Strukturfonds, um die schwächeren Mitgliedstaaten in ihrem Anpassungsprozeß zu unterstützen. Gerade dieses Angebot unsererseits war einer der Schlüssel für den Verhandlungsdurchbruch.

Gegenüber diesen Leitlinien gibt es noch einen britischen Vorbehalt. Wir sind zuversichtlich, bis zum Europäischen Rat in Kopenhagen zu einer Einigung zu kommen. Auf Vorschlag des Bundeskanzlers waren sich alle Mitgliedstaaten einig, daß die mittelfristigen Gemeinschaftsreformen spätestens bis zum Ende unserer Präsidentschaft im Sommer 1988 beschlossen werden und nach Ratifizierung durch die nationalen Parlamente am 1. Januar 1989 in Kraft treten sollen.

**Die Bundesregierung kann zu Recht mit diesen Ergebnissen des Gipfels zufrieden sein. Sie hat sowohl die Interessen unserer Landwirtschaft entschieden verteidigt, als auch wesentlich dazu beigetragen, die mittelfristigen Gemeinschaftsreformen auf den richtigen Weg zu bringen.** Nur eine solchermaßen dynamische und innerlich gefestigte Gemeinschaft wird in der Lage sein, maßgeblich zur Lösung der drängenden sozialen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Probleme beizutragen.

## Hausfrauenbund beim Bundeskanzler

Bundeskanzler Helmut Kohl empfing am 6. Juli 1987 das Präsidium des Deutschen Hausfrauen-Bundes zu einem Gedankenaustausch. An dem Gespräch nahm auch die Parlamentarische Staatssekretärin und Bevollmächtigte der Bundesregierung in Berlin, Lieselotte Berger, teil.

Die Gesprächspartner hoben die grundlegende Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements und der Leistungen von Hausfrauen und Müttern für Staat und Gesellschaft hervor. Nach übereinstimmender Auffassung darf dieser selbstlose Einsatz jedoch nicht zu unverhältnismäßigen Belastungen und Beeinträchtigungen für die Hausfrauen führen. Die Teilnehmer waren sich darin einig, daß die rechtliche und gesellschaftliche Stellung der Hausfrauen verbessert werden müsse, um Frauen mehr Wahlfreiheit im Bereich von Familie, Haushalt und Erwerbstätigkeit zu gewährleisten.

Wie das Bundespresseamt erklärte, wies die Bundesregierung darauf hin, daß die Forderungen des Deutschen Hausfrauen-Bundes nach Anerkennung von Pflegezeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung, Einbeziehung von Hausfrauen in die gesetzliche Unfallversicherung sowie nach Erweiterung der Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung auch im Zusammenhang mit den Möglichkeiten der finanz- und haushaltspolitischen Entwicklung zu sehen sind. Der Bundeskanzler habe Verständnis geäußert für den Wunsch des Deutschen Hausfrauen-Bundes nach steuerlicher Anerkennung der Aufwendungen für die Ausbildung in der privaten Hauswirtschaft und einer erweiterten Gewährung von Erziehungsgeld Prüfung zugesagt.

# Beschränkung des Devisenausgleichs belastet innerdeutschen Reiseverkehr

Die Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, Frau Wilms (CDU), hat die Bundesbürger aufgefordert, in ihren Einladungen an Verwandte in der DDR, die zu Besuch in den Westen kommen wollen, nicht nachzulassen. Im Zusammenhang mit der einschränkenden Neuregelung für den Devisenkauf, wonach Westreisende ab 1. Juli nur noch 15 statt bisher maximal 70 Ostmark im Verhältnis 1:1 in DM umtauschen dürfen, sagte Frau Wilms in einem Interview mit der Rheinischen Post, man solle für die Ergänzung des Reisegeldes nicht immer gleich nach dem Staat rufen. Das RP-Gespräch hat folgenden (leicht gekürzten) Wortlaut:

**RP:** *Bedeutet die empfindliche Einschränkung für DDR-Bürger beim Deviseneinkauf nach Ihrer Ansicht eine Erschwerung des West-Reiseverkehrs?*

**Frau Wilms:** Es bedeutet sicherlich eine Erschwerung, denn die Bewegungsfreiheit der DDR-Bürger, die ohnehin eingeengt ist, wird durch diese finanzielle Angelegenheit weiter eingeschränkt. Besucher sind vielleicht dann noch mehr auf ihre Verwandten hier in der Bundesrepublik angewiesen, die ihnen den Aufenthalt finanzieren.

**RP:** *Sollen die „öffentlichen Hände“, also Bund, Länder und Gemeinden, noch mehr für DDR-Gäste tun, die in sogenannten dringenden Familienangelegenheiten herüberkommen wollen?*

**Frau Wilms:** Zunächst möchte ich einmal sagen: Auch die Bürger in der Bundesrepublik sind angesprochen. Man soll nicht immer gleich nach dem Staat rufen. Ich möchte unsere Bürger ermuntern und auffordern, in ihren Einladungen an die

Verwandten in der DDR jetzt nicht nachzulassen und es diesen Menschen weiter ermöglichen, uns hier zu besuchen und diesen Aufenthalt zu genießen. Wir sollten uns dann nicht scheuen, auch privat gelegentlich Opfer und Belastungen auf uns zu nehmen.

**RP:** *Und was sollen die öffentlichen Kassen tun?*

**Frau Wilms:** Es ist so, daß die Bundesregierung, die Länder und auch die Gemeinden schon heute finanzielle Hilfe für Besucher aus der DDR geben. Allein im laufenden Haushaltsjahr 1987 sind dafür 70 Millionen Mark eingeplant, und das nur von der Bundesseite.

**RP:** *Was wollen Sie gegenüber der DDR unternehmen?*

**Frau Wilms:** Ich denke, wir werden auch mit der DDR darüber sprechen müssen, warum sie diesen Schritt getan hat und ob sie ihn nicht modifizieren oder gar rückgängig machen kann.

**RP:** *Sehen Sie in der Devisenverordnung eine zwangsläufige Folge der an sich positiven Entwicklung im Reiseverkehr? Immer mehr Besucher bei knapper Devisenkasse Ost-Berlins?*

**Frau Wilms:** Ich weiß nicht, ob das ein zwangsläufiger Schritt war. Generalsekretär Honecker selbst hat ja immer wieder in den letzten Wochen darauf hingewiesen, daß mehr Menschen zu Besuch zu uns kommen können, auch jüngere Menschen, und er hat dies als erstrebenswertes Ziel herausgestellt. Um so überraschter ist man jetzt über diese Maßnahme. Das Devisen-Argument ist natürlich nicht überzeugend, weil die DDR im innerdeutschen Reiseverkehr bereits einen Überschuß in Milliarden-Höhe erwirtschaftet, besonders durch den Mindestumtausch.

Dorothee Wilms:

## SPD weckt Zweifel an ihrem demokratischen Selbstverständnis

*In der letzten gemeinsamen Entschlie-  
bung des Deutschen Bundestages zur  
Deutschlandpolitik vom 9. Februar  
1984 hatte sich auch die SPD-Bundes-  
tagsfraktion noch zum Ziel der deut-  
schen Einheit bekannt und bekräftigt,  
daß die Deutsche Frage offen ist. Nicht  
zufällig ist seitdem keine derartige  
gemeinsame Entschließung mehr  
zustande gekommen, denn inzwischen  
hat die SPD — oder haben zumindest  
wichtige Teile dieser Partei — diese  
deutschlandpolitischen Gemeinsamkei-  
ten aufgekündigt.*

*Um nur einige Beispiele zu nennen: Egon  
Bahr und Hans Apel halten die Deutsche  
Frage für nicht mehr offen. Der Kollege  
Schmude hat das Wiedervereinigungsgebot  
der Präambel unseres Grundgesetzes in  
Frage gestellt. Der SPD-Obmann im inner-  
deutschen Ausschuß, Hans Büchler, hält  
den Wiedervereinigungsartikel (Art. 7) des  
Deutschlandvertrages für historisch über-  
holt, und in einem jüngsten Aufsatz preist  
der stellvertretende SPD-Obmann, Profes-  
sor Gerhard Heimann, die „Vorteile“ der  
staatlichen Teilung Deutschlands.*

*Man kann nur hoffen, daß die hier  
genannten SPD-Politiker — trotz ihrer her-  
vorgehobenen Funktionen — nicht im  
Namen der ganzen SPD sprechen. Denn  
hier wird eine politische Linie propagiert,  
die den gegenwärtigen, völlig unnormalen  
Zustand der deutschen Teilung als Dauer-  
lösung empfiehlt. Als Bundesminister für  
innerdeutsche Beziehungen kann ich dieses  
Abkoppelungsmanöver der SPD von den  
jahrzehntlang gemeinsam vertretenen*

*Grundsätzen und Grundzielen der  
Deutschlandpolitik unseres Landes nur mit  
Bedauern und Bestürzung zur Kenntnis  
nehmen. Denn damit wird dem demokrati-  
schen Grundkonsens in einer Existenzfrage  
unseres Volkes die Basis entzogen. Nicht  
zuletzt unter diesem Gesichtspunkt ist jetzt  
der Partei- und Fraktionsvorsitzende der  
SPD zu der verbindlichen Klarstellung ver-  
pflichtet, welche Linie denn seine Partei in  
der Deutschlandpolitik vertritt.*

*Wer das Ziel der deutschen Einheit in Frei-  
heit aufgibt, wer die Teilung Deutschlands  
— aus welchen Überlegungen auch immer  
— auf Dauer festschreiben will, der ver-  
stößt nicht nur gegen geltendes Verfas-  
sungsrecht, sondern auch gegen das Selbst-  
bestimmungsrecht der Völker. Er mißacht-  
et nicht nur die Interessen des deutschen  
Volkes, sondern auch die Werte der Frei-  
heit. Die Freiheit ist das Kernproblem der  
deutschen Frage. Freiheit bedeutet auch  
Freiheit zu Einheit.*

*Niemand hat das Recht, das Ziel der Ein-  
heit aufzugeben, ohne daß das ganze deut-  
sche Volk darüber in freier Selbstbestim-  
mung entschieden hat. Und niemand darf  
dieses Selbstbestimmungsrecht inhaltlich  
verkürzen oder vorschreiben wollen, wel-  
ches Ergebnis es haben sollte.*

*Freiheit und Selbstbestimmung gehören  
zum Kernbestand der westlichen Grund-  
werte. Wer daran Abstriche machen will,  
weckt Zweifel an seiner freiheitlich-demo-  
kratischen Überzeugung und an seinem  
Platz in der Wertegemeinschaft der frei-  
heitlichen Demokratien des Westens.*

# Kindererziehungszeiten für alle Mütter

Der Deutsche Bundestag hat am 25. Juni 1987 das Gesetz über Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung für Kindererziehung an Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921 beschlossen. Dieses Gesetz legt fest, daß den Müttern der Geburtsjahrgänge vor 1921 für jedes Kind ein Betrag gezahlt wird, wie ihn grundsätzlich auch die jüngeren Mütter für ihre Kindererziehung erhalten. Ab 1. Oktober 1987 sind dies monatlich 27 Mark für jedes Kind.

Die Regelung gilt nach Geburtsjahrgängen gestaffelt:

- vom 1. Oktober 1987 an für die Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1907,
- vom 1. Oktober 1988 an für die Mütter der Geburtsjahrgänge 1907 bis 1911,
- vom 1. Oktober 1989 an für die Mütter der Geburtsjahrgänge 1912 bis 1916 und
- vom 1. Oktober 1990 an für die Mütter der Geburtsjahrgänge 1917 bis 1920.

Die berechtigten Mütter brauchen zur Zeit keine Anträge zu stellen; sie können abwarten: Mütter, die eine Rente von der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen, erhalten das Antragsformular von der Rentenrechnungsstelle der Deutschen Bundespost nach abschließender Beratung des Gesetzes im Bundesrat (Mitte Juli 1987) zugesandt. Mütter, die keine Rente beziehen, werden öffentlich darüber informiert, welche Stellen die Antragsformulare ausgeben.

Mit diesem Gesetz ist der lange Kampf um mehr Gerechtigkeit in der Alterssicherung abgeschlossen. Kindererziehungszeiten für alle Mütter werden Wirklichkeit. **Damit hat die Regierung Helmut Kohl eine Brücke von der Familienpolitik**

**zur Rentenversicherung geschlagen: Mit dem hundertjährigen Unrecht an den Müttern ist jetzt Schluß!**

Ab Oktober erhalten 1,2 Millionen Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1907 den Kinderzuschlag — zusätzlich zu den 350 000 bis 400 000 Frauen, die in diesem Jahr neu in Rente gehen. In gut drei Jahren werden alle Jahrgänge einbezogen sein. Dann werden 5,5 Millionen Frauen eine höhere Rente erhalten oder erstmals überhaupt eine Rente bekommen, weil sie Kinder erzogen haben.

Der Einfachheit halber wird der Kinderzuschlag für die vor 1921 geborenen Mütter pauschal ausgezahlt, und zwar auch dann, wenn diese Frauen bisher keine Rente bezogen haben und auch bei Berücksichtigung ihrer Kindererziehungszeiten die fünf Jahre Mindestbeitragszeit nicht zusammenbekämen. Das bedeutet: Eine vor 1921 geborene Frau, die ein oder zwei Kinder erzogen hat, erhält ohne zusätzliche Voraussetzungen den Kinderzuschlag, selbst wenn sie nie erwerbstätig war. Sie braucht keine Beiträge nachzuentrichten. Die Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921 erhalten die Kindererziehungsleistung von 27 Mark monatlich auch dann, wenn sie im ersten Lebensjahr des Kindes erwerbstätig waren oder freiwillige Beiträge entrichtet haben.

**Der Kinderzuschlag wird bei den einkommensabhängigen Leistungen wie Wohngeld und Sozialhilfe nicht mitgezählt. Er bleibt auch bei der Besteuerung unberücksichtigt.**

1986 hat die Regierung Helmut Kohl einen ersten großen Schritt getan und Kindererziehungszeiten für diejenigen eingeführt, die neu in Rente kommen. Dieser erste Schritt war die Grundlage für den zweiten Schritt, der jetzt folgt;

denn die sofortige Einführung von Kindererziehungszeiten für alle Jahrgänge in einem Schritt wäre nicht bezahlbar gewesen. Sie hätte im Jahr bis zu sechs Milliarden Mark mehr gekostet — zweieinhalbmal soviel, wie für Mutterschutz und Erziehungsgeld ausgegeben wird, dreimal soviel wie für Wohngeld.

Das jetzt verabschiedete Gesetz ist in Ergänzung zum Hinterbliebenen- und Erziehungszeitengesetz ein erster Schritt zur rentenrechtlichen Anerkennung der Tätigkeiten in der Familie. Weitere Schritte werden folgen müssen. Hierbei ist nicht nur an eine Ausdehnung des Erziehungsjahres zu denken, sondern auch an eine gleichgewichtige Berücksichtigung der Pfl egtätigkeit in der Familie. Die Solidargemeinschaft hat keine Zukunft, wenn wir nicht endlich Ernst mit dem Gedanken machen, daß Erziehungs- und Pflegezeiten in der Rentenversicherung nicht geringer zu gewichten sind als Ausbildung, Krankheit oder Invalidität. ■

## Ein Schritt in die richtige Richtung

Als wichtigen Schritt in die richtige Richtung bezeichnete die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Roswitha Verhül sdonk**, die Betriebsvereinbarung der Bayer AG, Müttern und Vätern einen Erziehungsurlaub mit Wiedereinstellungsgarantie zu gewähren. Damit kommt ein weiteres großes Unternehmen dem Wunsch junger Familien entgegen, mehr Zeit für ihre Kinder zu haben und deren Erziehung selbst in die Hand zu nehmen. Indem das Angebot auch Väter einbezieht, leisten die Bayer-Werke gleichzeitig einen Beitrag zur partnerschaftlichen Aufgabenteilung in der Familie.

Für die Politik der Christlich Demokratischen Union ist dies eine Bestätigung

ihrer seit langem erhobenen Forderung nach besseren Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf; für die Frauen ein Stück mehr Wahlfreiheit. Es bleibt zu wünschen, daß das Beispiel Schule macht. ■

## Absage an Grundrente

Der Reichsbund der Kriegsoffer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen hat die klare Absage begrüßt, die Bundesarbeitsminister Norbert Blüm einer Grundrente erteilt hat. Reichsbund-Vorsitzender Hermann Meyer sagte in Bonn, es sei erfreulich, daß Blüm dieses Thema „mit aller Klarheit vom Tisch gewischt habe“. In der Rentenversicherung müsse auch in Zukunft am bewährten System der lohn- und beitragsbezogenen Altersvorsorge festgehalten werden.

## Umfrage: 51 Prozent für Helmut Kohl

Wenn der Bundeskanzler direkt vom Volk gewählt würde, bekäme Helmut Kohl derzeit eine Mehrheit von 51 Prozent. Für Oppositionsführer Vogel würden 42 Prozent der Bürger votieren.

Dies hat eine am 28. Juni abgeschlossene Infas-Umfrage ergeben, wie „Welt am Sonntag“ meldet.

Bei der Frage nach den Wahlchancen der Parteien wurde ein starker Rückgang bei den Grünen ermittelt. Ihr Wählerpotential ist laut Infas auf 6,5 Prozent zurückgegangen. Früher hatten die Grünen bei Umfragen einen Stimmenanteil zwischen acht und neun Prozent. Für die anderen Parteien wurden folgende Stimmenwerte ermittelt:

CDU/CSU	45,0 Prozent
SPD	38,0 Prozent
FDP	9,5 Prozent



# Rhein auf dem Weg der Besserung

**Bundesumweltminister Klaus Töpfer hat am 29. Juni der Presse in Bonn einen Zwischenbericht der Forschungsarbeiten über Auswirkungen des Sandoz-Unfalls auf die Bodenorganismen des Rheins vorgestellt. Die Untersuchungen der Bundesanstalt für Gewässerkunde sind Teil eines von der Deutschen Kommission zur Reinhaltung des Rheins beschlossenen Programms zur Untersuchung der Rheinwasserqualität.**

Die bisherigen Untersuchungen haben nach Angaben Töpfers ergeben, daß die wichtigen Nahrungstiere für Fische, wie Krebse, Muscheln oder Schnecken nur unmittelbar im Bereich der Unfallstelle selbst vernichtet worden sind. Mit zunehmender Entfernung von Basel nehmen die Schädigungen sehr rasch ab. Die ökologischen Schäden haben sich als geringer erwiesen als ursprünglich vermutet werden mußte. Töpfer stellte aktuelle Ergebnisse aus dem Raum Koblenz vor, bei denen bezüglich der Bodenorganismen keine nachweisbaren, auf den Sandoz-Unfall zurückzuführenden Schäden festgestellt werden konnten. Töpfers Fazit: „Der Rhein macht weiter Fortschritte auf dem Weg der Genesung. Die Brandkatastrophe in Basel konnte zum Glück besser überwunden werden, als zunächst befürchtet werden mußte. Damit können jedoch die verheerenden Auswirkungen mit dem massenhaften Fischsterben, besonders am Oberrhein, nicht überdeckt werden.“

Der Umweltminister nahm die Vorstellung des Zwischenberichts zum Anlaß, sich vor Ort über die Technik der Probenentnahme zu informieren und mit den Wissenschaftlern zu sprechen. Er tauchte dabei mit einer Taucherglocke des Forschungsschiffs „Carl Straat“ in der Nähe von Bonn auf den Rheinboden. Dort

demonstrierten ihm Wissenschaftler der Bundesanstalt für Gewässerkunde das Verfahren der Probenentnahme von der Rheinsohle. Das Forschungsschiff „Carl Straat“ untersucht im Zeitraum von Dezember 1986 bis Oktober 1987 fünfzehn verschiedene Meßstellen im Rhein zwischen Basel und Düsseldorf auf den ökologischen Zustand der Bodenfauna des Flusses. Verschiedene Forschungsschiffe, die vom Bundesminister für Verkehr zur Verfügung gestellt wurden, benutzen die moderne Technik von Taucherglocken, Hydraulikbaggern und großen Greifarmen zur Probenentnahme.

Minister Töpfer verwies auf die große Bedeutung einer genauen ökologischen Analyse des Rheins für die Durchführung des von den Umweltministern der Rhein-anliegerstaaten beschlossenen Aktionsprogramms zur Verbesserung des ökologischen Zustandes des Rheins. Töpfer erwartet weitere abgestimmte gemeinsame Maßnahmen aller Rhein-anliegerstaaten als Ergebnis der Rheinministerkonferenz 1987. Die Gewässergüte des Rheins, die sich seit Anfang der siebziger Jahre überwiegend positiv entwickelt hatte, müsse nicht nur den Zustand vor dem Sandoz-Unfall wieder erreichen, sondern gezielt weiter verbessert werden.

Gerade in Kenntnis der hohen Bedeutung des Rheins auch für die Trinkwasserversorgung vieler Millionen Menschen, sei — trotz aller Fortschritte — die Wasserqualität weiter zu verbessern. Das neue Wasserhaushaltsgesetz des Bundes sei dafür eine wichtige Grundlage, die im Vollzug durch die Länder zügig genutzt werden müsse. Denn noch immer gelangen beachtliche Stoffeinträge in den Fluß — nicht nur von der Industrie, sondern auch von Kommunen, Landwirtschaft und aus anderen Quellen, betonte der Bundesumweltminister.

## Ab 1. Januar 1988 nur noch bleifreies Normalbenzin

Das Bundeskabinett hat am 24. Juni 1987 den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Benzinbleigesetzes beschlossen. Der Gesetzentwurf sieht das Verbot von bleihaltigem Normalbenzin zum 1. Januar 1988 vor.

Bundesumweltminister **Klaus Töpfer** wertete diesen Schritt als einen Erfolg bei der Durchsetzung des schadstoffarmen Autos und des bleifreien Benzins am Markt. Die Bundesregierung habe mit ihren europapolitischen Initiativen zur Durchsetzung schadstoffarmer Kraftfahrzeuge, zur Begrenzung der Schadstoffemissionen aus Kraftwerken und zur weltweiten Reduzierung der Fluorchlorkohlenwasserstoffe wichtige Schritte zur Verbesserung der Umwelt in Europa geleistet.

Von dem Verbot bleihaltigen Normalbenzins erwartet Minister Töpfer eine nachhaltige Entlastung der Umwelt durch Bleiemissionen in einem Umfang von 1 500 bis 2 000 Tonnen jährlich. Bereits seit der Einführung des bleifreien Benzins im Sommer 1985 haben die Bleiemissionen in der Bundesrepublik kontinuierlich weiter abgenommen.

Durch den Wegfall bleihaltigen Normalbenzins wird es jeder Tankstelle ermöglicht, an der damit freiwerdenden Benzinsäule bleifreies Benzin anzubieten. Diese neue Möglichkeit — so Töpfer — sei insbesondere für kleinere Tankstellen außerhalb der Städte von großer Bedeutung. Sie versetze auch diese Tankstellen in die Lage, bleifreies Benzin ohne zusätzliche Investitionen anzubieten. In Zukunft werden daher voraussichtlich an allen der 20 000 Tankstellen in der Bundesrepublik Deutschland bleifreies Benzin angeboten.

Zur Zeit beträgt die Zahl der Tankstellen mit bleifreiem Benzin 13 500. Durch die weitere Verdichtung des Netzes bleifreier Tankstellen sieht Bundesumweltminister **Klaus Töpfer** einen weiteren Anreiz für die Autofahrer, auf Katalysatorfahrzeuge umzusteigen.

## Buschhaus ist heute ein Vorbild

Mit der Inbetriebnahme der Rauchgasentschwefelungsanlage des Kraftwerkes Buschhaus ist die Mär von der angeblich größten Dreckschleuder der Nation, die von der SPD im Verein mit den Grünen im Sommer 1984 verbreitet wurde, endgültig wie eine Seifenblase geplatzt. Mit dem Einsatz der Rauchgasentschwefelungsanlage kann jetzt im Kraftwerk Buschhaus, das bisher entsprechend dem Konzept der Bundesregierung mit schwefelreicher Normalbraunkohle gefahren wurde, auch die Salzbraunkohle aus dem Tagebau Schöningen umweltverträglich verstromt werden. Damit sind in dieser Region Arbeitsplätze auf Jahre gesichert und die Fristen der Großfeuerungsanlagenverordnung um ein Jahr unterschritten.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Inbetriebnahme der Rauchgasentschwefelungsanlage in Buschhaus nachhaltig. Sie ist ein Erfolg der Energie- und Umweltpolitik dieser Bundesregierung, stellt **MdB Ludwig Gerstein**, energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fest.



## Zitat

„Investoren und Verbraucher können sich bei ihren Planungen und Entscheidungen darauf verlassen, daß wir Wort halten.“  
(Bundeskanzler **Helmut Kohl** zur Steuerreform)

## Berufsbildungsbericht 1987:

# Leistungsfähigkeit des dualen Systems unterstrichen

**Der Berufsbildungsbericht 1987, den der Deutsche Bundestag am 25. Juni 1987 debattiert hat, ist ein eindrucksvolles Dokument für die Leistungsfähigkeit des dualen Ausbildungssystems. In den Jahren 1983 bis 1986 konnten jährlich 46.000 bis 76.000 Ausbildungsplätze mehr angeboten werden. Dies bedeutet in der Summe 250.000 Ausbildungsplätze mehr als in den letzten vier Jahren der SPD-Regierung.**

1987 wird sich die Ausbildungsplatzsituation weiter entspannen. Es ist damit zu rechnen, daß sich der Rückgang der Gesamtnachfrage nach Ausbildungsplätzen in diesem Jahr wie bereits 1985 und 1986 fortsetzt. Die Gesamtzahl der Bewerber wird voraussichtlich bei etwa 700.000 liegen. Wenn die bisherigen Ausbildungsanstrengungen beibehalten werden, wird sich die rechnerische Lücke zwischen Nachfrage und Angebot 1987 weiter schließen.

Die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist jedoch uneinheitlich: Unbesetzten Ausbildungsplätzen in einigen Branchen stehen unversorgte Jugendliche in anderen Bereichen gegenüber. Dabei zeigt sich ein deutliches Nord-Süd-Gefälle; während im Süden der Bundesrepublik Deutschland ein Überangebot an Ausbildungsplätzen besteht, fehlen im Norden entsprechende Angebote. Deshalb werden zunehmend regionale Maßnahmen erforderlich. Der regionale und sektorale Ausgleich von Nachfrage und Angebot muß vor allem durch die Schaffung neuer qualifizierter Ausbildungs-

plätze erreicht werden. Dieses Ziel erfordert eine stärkere Verzahnung von regionaler Strukturpolitik und gezielter Berufsbildungspolitik.

Wie der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) mitteilt, befürchtet er bereits jetzt — ähnlich wie der Lebensmittel-Einzelhandel —, nicht alle ausgeschriebenen Stellen besetzen zu können. Im letzten Jahr blieben fast zehn Prozent der angebotenen rund 250.000 Lehrstellen unbesetzt. Der ZDH fordert daher, der Lehrstellenoffensive müsse jetzt eine Lehrlingsoffensive folgen. Nach seiner Auffassung sollten verstärkt neue Zielgruppen wie Mädchen, Abiturienten und ausländische Jugendliche für eine Ausbildung im Handwerk interessiert werden, um einen „existenzbedrohenden Facharbeitermangel“ zu verhindern.

## **Barschel weiter auf dem Weg der Besserung**

Dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Uwe Barschel, der bei einem Flugzeugabsturz Ende Mai in Lübeck schwer verletzt wurde, geht es immer besser. Die Chirurgische Klinik der Medizinischen Universität Lübeck teilte mit, es könne mit einem „weiterhin günstigen Heilungsprozeß“ gerechnet werden, so daß in Kürze „mit ersten Maßnahmen zur Rehabilitation begonnen werden kann“. Bei dem Flugzeugunglück hatte Barschel unter anderem einen Kreuzbeinbruch und eine Lendenwirbelverletzung erlitten. Die beiden Piloten und ein Sicherheitsbeamter hatten den Absturz nicht überlebt.

# Eindrücke vom Weltfrauenkongreß: zu Propagandazwecken mißbraucht

„Vorwärts zum Jahr 2000 ohne Kernwaffen! Für Frieden, Gleichberechtigung, Entwicklung“, das war das Motto eines Weltfrauenkongresses, der in der vergangenen Woche in Moskau unter Federführung der Internationalen Demokratischen Frauenföderation in Moskau stattfand. Zum Ablauf des Kongresses erklärt die stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU-Frauenvereinigung, Roswitha Verhülshonk:

Über 2 500 Teilnehmerinnen, vorwiegend aus kommunistischen Ländern und kommunistischen Frontorganisationen der blockfreien Staaten, waren der Einladung gefolgt. Aus der Bundesrepublik Deutschland waren Teilnehmerinnen aus sämtlichen Teilorganisationen der Friedensbewegung angereist. Daneben nahm sich die 20köpfige Gruppe der im deutschen Frauenrat zusammengeschlossenen Frauenverbände recht bescheiden aus.

Der propagandistische Aufwand, mit dem die Sowjetunion diesen Kongreß begleitete, diente ausschließlich einem Ziel: Werben für die Politik Gorbatschows und dessen Abrüstungsinitiativen.

In den Kommissionen wurden ausschließlich bestellte Statements verlesen, ein Dialog zwischen unterschiedlichen Standpunkten kam nicht zustande. Das alles zeigt, wie wenig die Belange der Frauen ernstgenommen wurden. Sie wurden und ließen sich auch zum großen Teil für die sowjetische Propaganda mißbrauchen.

Positiv anzumerken ist die große Bewegungsfreiheit, die die Delegierten in Moskau hatten. Das ermöglichte fruchtbare Gespräche in kleineren Gruppen, in

denen frauenpolitische Themen im Mittelpunkt standen.

Dabei konnten recht aufschlußreiche Informationen gewonnen werden:

Trotz gleichen Lohns für gleiche Arbeit und gleichen Zugangs zum Arbeitsmarkt sind Frauen in der Sowjetunion in Führungspositionen unterrepräsentiert. Frauenräte der KPdSU und Frauenräte in den Institutionen sollen hier Abhilfe schaffen.

Auf Unverständnis stieß die Position westlicher Feministinnen, zugunsten der beruflichen Karriere auf Kinder zu verzichten. In der Sowjetunion wird die Geburt von Kindern mit Auszeichnungen versehen.

## Mehr Frauen in Führungspositionen

Bundesfrauenministerin Rita Süßmuth hat an den öffentlichen Dienst und die Wirtschaft appelliert, mehr Frauen mit führenden Positionen zu betrauen. Spitzenpositionen seien immer noch eine Domäne der Männer, kritisierte die Ministerin auf einer Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Führungspositionen für Frauen gebe es überwiegend nur im mittleren Bereich und in Stellvertreterpositionen.

Nach Angaben von Frau Süßmuth ist der Beschäftigtenanteil von Frauen im öffentlichen Dienst — dem größten Arbeitgeber — zwar von 26 Prozent im Jahr 1960 auf 40 Prozent im Jahr 1986 gestiegen. Im Bundesdienst habe sich der Frauenanteil von 18 auf 25 Prozent erhöht. Doch habe er im höheren Dienst nur 8,5 Prozent betragen.

# Pharisäer unter sich

**Der Kirchentag in Frankfurt (17. bis 21. Juni) schlägt immer noch Wellen. Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, hat sich in einem Beitrag für das Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt vom 5. Juli 1987 seine Enttäuschung von der Seele geschrieben.**

*Ich bin seit vielen, vielen Kirchentagen ständiger Besucher, und immer ging ich mit einem Hauch Fröhlichkeit nach Hause. Zum erstenmal kam ich jetzt traurig, ja, ich gestehe, fast wütend nach Hause.*

*Ich habe auf so engem Raum noch nie so viel Selbstgerechtigkeit versammelt gesehen wie an jenem Sonntag bei der Schlußversammlung im Frankfurter Waldstadion. Als Hauptredner fehlte nur noch der biblische Pharisäer, dessen Predigt unter dem Leitwort gestanden hätte: „Herr, ich danke Dir, daß ich nicht so bin wie die Politiker“.*

*Ist die Bedingung der Auserwähltheit die Verdammnis der anderen? Braucht man immer noch einen „Fußabstreifer“? Die Politiker, ganz besonders „die da oben“, dienen als Fußmatten des Kirchentags. Es ist der alte Irrtum im neuen Gewand, man müsse durch Ausgrenzung den Konformitätsdruck im Binnenraum erhöhen. Aggression als Mittel der Selbstbestätigung? Aber vielleicht ist es auch nur das alte Laster Hochmut. Dieses Biest — so klein es ist — hat schon viel Unheil über die Christenheit gebracht.*

*Staatliche Ordnung, welche dem Chaos wehrt und unsere destruktiven Energien zu bändigen sucht, sie ruft nur ein müdes Gähnen oder — wie bei Wallmanns Erwähnung des Staates — ein irres Gelächter hervor.*

*Ja, die Kirche muß auf der Seite der Gequälten und Unterdrückten stehen und schreien für die, denen das Wort genom-*

*men ist. Aber befinden die sich nur in der westlichen Hemisphäre? Merkwürdig, daß dem Prediger weder Afghanistan, Kambodscha oder der Name Gulag einfällt. Statt dessen nur die bejubelten Karikaturen von Politikern, die er mit Zylinder, sektfrühstückend den nächsten Krieg vorbereitend, darstellte. Ja, wenn die Friedensfeinde so einfach festzumachen und festzunehmen wären, wie Präsident Allan A. Boesak sie beschrieb!*

*Politik als schmutziges Geschäft. Das deutsche Butzenscheibenbürgertum versammelte sich wieder einmal am Stammtisch, diesmal ohne Bierdeckel und nicht in die Kneipe.*

*„Macht“ taucht in Predigten und Darstellungen des Schlußgottesdienstes nur im Zusammenhang mit „Profit“, „Korruption“ etc. auf. Entsinne ich mich richtig: Für Luther war Macht eher Last und Verantwortung Qual. Wie sonst wären die vielen christlichen Gebete für die „Obrigkeit“ verständlich. Aber diese Art „Zivilisation von Barmherzigkeit“, von der die Kirchentagspräsidentin so eindrucksvoll sprach, für die Regierenden taucht sie im modernen Protestantismus nicht einmal mehr als Erinnerung auf. Wer dürfte da auf Gebete hoffen?*

*Wer berichtete etwas von der Not der Güterabwägung, die unter den Bedingungen der sündigen Welt das Bessere sucht und das Beste und allein Richtige dem lieben Gott oder dem neuen Himmel vorbehält?*

*Bei den meisten Entscheidungen, die ich zu treffen hatte, schwankte ich zwischen 49 Argumenten auf der einen und 51 auf der anderen Seite. Ich hatte selten das Glück, zwischen Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit so unterscheiden zu können wie zwischen Gott und Teufel.*

Die Verteufelung Andersdenkender ist eine billige Form der Propaganda, aber nicht Ausdruck jener christlichen Einsicht, daß die Wahrheit nie ganz zu erfassen und Gott größer ist als unsere Entwürfe und wir uns ihm nur im Dialog auf der Suche nach besseren Lösungen nähern können. Von Bescheidenheit oder gar Demut war in keiner Rede der Schlußkundgebung die Sprache.

Von Förderungen an „die da oben“ war die Rede. Keine Frage an sich selbst. Und sie alle, die beauftragten Redner des Kirchentages, schafften für diese Flucht vor der eigenen Verantwortung die freie Fahrt.

Es gibt kein Versagen des Kollektivs, sondern nur die Schuld des einzelnen. Diese heilsgeschichtliche Wahrheit, die zu erkennen ein protestantisches Verdienst ist, wurde selbstvergessen untergepflügt. Aber wo es keine Schuld des Jedermann gibt, gibt es nur die Sühne von Niemand. Reue, die Antwort auf individuelles Versagen, diese theologische Kategorie blieb eine ferne Unbekannte.

Der Kirchentag im Stadion zu Frankfurt war das Pokalendspiel zwischen dem „Reich der Finsternis“, dargestellt durch die Politik, und den „himmlischen Heerscharen“, als deren Stellvertreter sich eine fröhlich swingende tausendköpfige Menge verstand.

Wie selbstgerecht und selbstüberheblich eine solche Überschätzung der eigenen Kräfte gedeihen kann, offenbarte jener spontane Beitrag eines Kirchentagsbesuchers, der die Schweigeminute unterbrach, um sich selbst als Gottes überraschende Stimme darzustellen und dann doch nur Altbekanntes vortrug. So sehr sind die Preise gesunken. Selbstverliebte Selbstentblößung feiert sich als Liturgie.

Man merkt den neuen Propheten so wenig die Qual der Suche an und die Not, es sagen zu müssen. Ihre Wahrheiten sind

leichtfüßig. Sie wissen es. Herzlichen Glückwunsch.

Woraus meine Betroffenheit resultiert? Weniger aus den Reden — davon bin ich einiges als Politiker gewohnt —, sondern mehr von ihren Folgen. Eine der Folgen erlebte ich auf dem Heimweg von der Schlußveranstaltung. Eine fröhliche Softie-Gruppe skandierte in Nachbarschaft zu dem Bundeskanzler den hämisch verachtenden Spruch: „Die Birne muß ab.“ Wie leicht zu erkennen ist, eine Variante zum menschenverachtenden Spießbürgerzynismus: „Die Rübe muß runter.“ Sieh mal an: die alten Menschenverächter in der Maske von Softies. Es waren dieselben Leute, die wenige Minuten vorher ihre kollektive Liebe zu den unterdrückten Negern in Südafrika erklärt hatten.

Ich bin wie sie gegen Rassendiskriminierung. Gottes Kinder tragen zwar unterschiedliche Hautfarbe. Sie sind ihm aber alle gleich lieb. Mich stört nur der Kontrast zwischen großer Globalliebe und kleinem Nächstenhaß. Es wird langsam protestantisch schick, Politiker und Politik selbstüberheblich zu verachten.

Ich habe nicht vor, mich zu entschuldigen, daß ich diesem Berufsstand angehöre. Es ist ein anständiges Handwerk wie andere. Ich kann auch mit jener Mimikry von Politikern nicht dienen, die sich dadurch anbieten, daß sie sich dauernd für ihr Dasein als Politiker entschuldigen. Ich nehme die Herausforderung an.

## Zitat

„Die Verbandsfunktionäre haben sich verhalten wie Leute, die in einem brennenden Haus sitzen und auf die Feuerwehr schießen.“

(Generalsekretär Heiner Geißler zur Ausladung von Landwirtschaftsminister Kiechle durch den Bauernverband)

# Neues CDU extra

Die große Steuerreform ist für alle da – Zum Beispiel: 1118 DM weniger Steuern

## CDU extra

Seite 4: Reise  
nach Bonn  
zu gewinnen

## Stabilität in Deutschland

Steigende Einkommen  
Mehr Arbeitsplätze  
Stabile Preise

## Endlich in Sicht: Die Raketen kommen weg

Erfolg von Bundeskanzler Helmut Kohl

Noch nie war die Abrüstung so nah. Schon bald kann dieser Wunsch der Menschen endlich Wirklichkeit werden.

Dass es zu dieser neuen Hoffnung der Menschen auf Abrüstung endlich kommen wird, ist unbestreitbar.

Der wirtschaftspolitische Kurs der Bundesregierung stimmt. Die Pluspunkte für die Bürger sind klar:

- Das Wachstum geht auch dieses Jahr weiter: Plus zwei Prozent. Dafür sorgt eine stabile Inlandsnachfrage, besonders der private Verbrauch.
- Der Export nimmt zu: Im ersten Quartal 1987 sind die deutschen Ausfuhren um ein Prozent gestiegen. Unsere Stärke bleibt unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit.
- Die Steuerreform entlastet die Bürger. Insbesondere Familien mit Kindern, Facharbeiter und kleine Selbständige zahlen weniger Steuern.
- Die Preise bleiben stabil. Den Arbeitnehmern und Rentnern kommen die Lohn- und Rentnerhöhungen voll zugute. Sie

werden nicht wie zu SPD-Zeiten von der Inflation weggedressen.

- Neue Arbeitsplätze entstehen: 1987 werden 100.000 bis 200.000 mehr Menschen einen neuen Arbeitsplatz finden.
- Die Qualifizierungsoffensive wird fortgesetzt. Das bringt neue Chancen für Arbeitnehmer und Arbeitslose.

Die Bürger können mit Zuversicht in die Zukunft blicken: „Die Weltkonjunktur ist weiterhin aufwärts gerichtet“ (Gutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute).



Die Deutschen spüren, daß wir auf einem guten Weg sind. Das beweist ihr Vertrauen in die Zukunft: Aus Angst ist Hoffnung geworden, aus Pessimismus Optimismus. Die Deutschen glauben wieder an ihre Leistungskraft. Die lähmenden Selbstzweifel sind überwunden.

Die neue CDU extra „Stabilität in Deutschland“ ist ein ideales Verteilmittel für den „Sommer mit der CDU“, das sich vielfältig einsetzen läßt:

- beim Straßencanvassing an sommerlichen Wochenenden, das sich an die Daheimgebliebenen richtet,
- an Info-Ständen bei sportlichen Aktivitäten, wie z. B. die CDU-Fahrrad-Rallye,
- bei Briefkastenverteilkaktionen, wenn die Bürger zum CDU-Sommerfest eingeladen werden (natürlich darf das CDU-extra auch auf dem Sommerfest selbst nicht fehlen),
- beim Umtrunk nach einem frühmorgendlichen Spaziergang im Park unter Anleitung eines sachkundigen Kenners der Vogelwelt,
- nach einer vom Ortsverband durchgeführten „Baumtränkkaktion“ im Hochsommer

Mindestabnahme: 250 Exemplare  
Preis pro Mindestabnahme: 25,— DM  
Bestell-Nr.: 2985

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold

10 Pfennig  
pro Stück

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

# Schöne Ferien.



## CDU

*Das wünscht allen Lesern die Redaktion des UiD. Diese CDU-Postkarte können Sie aber auch erwerben und verschicken. Mindestabnahme: 50 Stück, Preis pro Mindestabnahme: 7,50 DM, Bestellnummer: 9669, Bestellungen an das IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4864 Versmold.*

# UiD

22/87

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. \* 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** WA-Druck, Düsseldorf.